

Merseburger Tageblatt

(Kreisblatt)

Unparteiische

Zeitung für Stadt u. Kreis Merseburg

(Mitglied des Vereins Deutscher Zeitungsverleger)

Herausgeber Ludwig Valz

mit Amtlichen Anzeigen der Merseburger Kreisverwaltung und anderer Behörden

Nr. 240

Freitag, den 12. Oktober 1923.

163. Jahrgang.

Das Fiasko des Parlamentarismus.

Am Plenum des Reichstages sollte gestern die große Entscheidung fallen, ob dem zweiten Kabinett Stresemann mit dem

Ermächtigungsgesetz

Die außerordentlichen Vollmachten gegeben werden sollen oder nicht. Die ursprünglich beim Reichstanzler bestehende Absicht, eine längere Rede über die außerordentlichen Vollmachten zu halten, wurde von ihm wieder aufgegeben, als er gestern Vormittag im Reichstag die Feststellung machen mußte, daß infolge Unwesenheit vieler Abgeordneter der Fraktionsparteien das Abstimmungsergebnis sehr zweifelhaft sein würde. Der Reichstanzler begab sich um 11 Uhr zum Reichspräsidenten, von dem er nicht nur die

Vollmacht zur Auflösung des Reichstages

sondern auch bereits bestimmte Zusicherungen erhielt, die nach einer eventuellen Auflösung des Reichstages die Weiterführung der Geschäfte durch das Kabinett Stresemann mit außerordentlichen Vollmachten auf Grund des Artikels 48 der Weimarer Verfassung gestattet werden. Die Sitzungen der Fraktionen dauerten während der ganzen Vormittagsberatung des Reichstages an. In der Sitzung der sozialdemokratischen Fraktion wurde bezüglich der Verabschiedung sämtlicher Mitglieder für die Zustimmung zum Ermächtigungsgesetz zu gewinnen. Es wurde auch nicht erreicht, daß sämtliche Mitglieder der Abstimmung teilnehmen, vielmehr wollten vor der entscheidenden Sitzung zwölf Mitglieder der sozialdemokratischen Fraktion den Saal verlassen.

Eine Probeabstimmung

die bei einem Antrag der Deutschnationalen zu Paragraf 1 vorgenommen wurde, ergab, daß die Koalitionsergebnisse in der Hand hatten und daß danach die Deutschnationalen und die Kommunisten durch Ausschlag des Gesetzes Fall bringen könnten. Die Deutschnationalen verließen nach Abgabe einer Erklärung den Saal, und es ent-

stand ein minutenlanges Durcheinander. Schließlich stellte der Zentrumsabgeordnete Marg den Antrag, den

Reichstag zu vertagen.

Dem Antrag entsprechend hat sich das Plenum am Sonntagabend vertagt.

Die gestrige Reichstagsitzung zeigte aus neue die Unzulänglichkeit des Parlamentarismus. Wenn es noch eines Beweises bedürfte, daß der Reichstag grundsätzlich abgedankt hat, so wurde er gestern gegeben.

Die oben erwähnte

Erklärung der Deutschnationalen,

welche im Reichstage von ihnen vor dem Verlassen des Saales und zu dessen Begründung abgegeben wurde und die Abg. Schulz-Bromberg (Dn.) unter allgemeiner Spannung im Hause abgab, lautet:

Wir stehen in diesem Augenblick vor einem Entschluß, der in seiner Tragweite und Bedeutung von diesem Reichstag und von seinem Parlament der Welt je gefaßt werden ist. Der in den höchsten Tönen geäußerte Parlamentarismus, aus dem ein Frühling von Glück und Freude auf das deutsche Volk sich erheben sollte, gekollert seine Anhänglichkeit ein, die ihm von dem deutschen Volk unverkündet geschwiegen schweigend weiter zu treiben. Er meißelt seinen Fortschritt an. Er verdirbt sein Haupt und verhängt sich an den Augen des deutschen Volkes. Dem Kaiser erheben wir zu Moritur die salutant. Ein Beschluß von dieser Schwere erfordert, daß diejenigen Parteien, die die Verantwortung für ihn tragen, diese Verantwortung selbst übernehmen. In die bisherigen Abstimmungen, die durch die Beratung gestohlene Zweideutigkeit der Beschlüsse nicht ergehen haben, löst die Koalition in Frage kommt, werden wir der Koalition, die im Begriffe ist, den Zerfall des Parlamentarismus zu beenden, darin beistimmen. Wir werden bei der Abstimmung nicht anwesend sein.

Stresemann besucht Seipel.

Berlin, 12. Oktober. Reichstanzler Dr. Stresemann besuchte heute abend nach Regensburg, wo er mit dem österreichischen Bundeskanzler zusammenzutreffen in Erwidrerung von dessen früherem Besuch in Berlin.

Poincarés ablehnende Antwort.

Berlin, 12. Oktober. Der französische Ministerpräsident hat unteren Geschäftsträger, Botschafter von Dösch, am 10. Oktober empfangen und ihm auf eine Anfrage mitgeteilt, daß es die französische Regierung ablehnend ablehnt, mit der deutschen Regierung über die Einzelheiten der Aufgabe des passiven Widerstandes zu verhandeln. Es sei Absicht Frankreichs und Belgiens, die Wiederherstellung des früheren Zustandes durch direkte Verhandlungen mit der deutschen Wirtschaft und den deutschen sozialen Verbänden zu regulieren. Diese Regelung werde allein Frankreich, Belgien und die Bewohner des besetzten Gebietes an.

Kabinettsrat über die Ablehnung Poincarés.

Die Reichsregierung wird sich in einer Donnerstag nachmittags stattfindenden Kabinettsitzung mit der durch die Erklärungen der französischen und belgischen Regierung geschaffenen Lage beschäftigen und die Stellungnahme der deutschen Regierung feststellen.

Am Arbeitsplatz im Ruhrgebiet.

Am Reichsarbeitsministerrium finden, wie wir erfahren, zur Zeit Vorberedungen über die Gestaltung der Arbeitszeit im Ruhrgebiet statt.

Unruhen in Köln.

Köln, 12. Oktober. Gestern nachmittags kam es an verschiedenen Stellen im Stadtinnern zu großen Menschenansammlungen. Zu einigen Straßen wurden Fahrzeuge mit Wasser geschleudert. Die Ansammlungen wurden von der herbeigeeilten Polizei auseinandergetrieben, wobei eine größere Anzahl Gewerkschafter, die jährlich auf dem Gesamttag versammelt waren, auf dem Vorplatz der Stadtverwaltung mit Wasser beworfen wurden. Die Verletzungen vorgeworfen sind, konnte noch nicht festgestellt werden. Die mit hundertigen Hordenschaaren am Ortswahl beteiligten Personen legten sämtlich die Arbeit nieder.

Landgemeindewahlen und Landwirtschaft.

Nach dem Breussischen Gesetz über die vorläufige Regelung der Gemeindewahlen vom 9. 4. 23, das in Reichspräsidentenrat von einer Mehrheit von den Reichspräsidenten bis zum 30. 11. in allen Städten und Landgemeinden Breussens die Gemeinderooten neu gewählt werden. Die letzte Wahl zu den Gemeinderooten fand im Februar 1919 statt. Damals wurde im Trübel der Revolution gewählt und die Wertenungen erfolgten fast durchweg eine Zusammenlegung, die der heutigen politischen Aufspaltung der Gemeinderooten längst nicht mehr entspricht. Das gestrige schon die Reichstagswahlen im Sommer 1920, noch mehr aber die Wahlen zum Breussischen Landtag im Februar 1921. Die vierjährige Wahlperiode war an sich auch schon im Februar 1923 abgelaufen, daher hätten schon im Februar neue Wahlen stattfinden müssen. Mit Rücksicht auf die Aufregung wurden aber die Wahlen damals auch mit Zustimmung der Breussnationalen auf den November hinausgeschoben.

Da die Wahlen an einem Sonntag stattfinden sollen und stattfinden müssen, wäre der letzte Wahltermin Sonntag, den 25. November, gewesen. Da aber dieser Sonntag der Gedächtnistag für die Toten ist und auf allgemeinen Wunsch an diesem Tage Wahlen nicht stattfinden sollten, kam nur der 18. November als Wahltag in Frage.

Die Breussnationalen Volkspartei beantragte daher im Reichspräsidentenrat des Breussischen Landtages, daß die Wahlen am 18. November stattfinden sollen; von den Breusspartei den Landtages, d. h. von der Deutschen Volkspartei bis zu den Sozialdemokraten wurde dieser Antrag aber abgelehnt und als Gegenschlag ein gemeinsamer Antrag im Landtag eingebracht, wonach die Wahlen bis zum 2. März 1924 hinausgeschoben werden. Da sicher damit zu rechnen ist, daß dieser Antrag im Landtag angenommen wird, findet also nun vor dem 2. März 1924 eine Wahl zu den Gemeinderooten nicht statt.

Es bedarf es dringend geboten, daß sich die Landstände in den einzelnen Kreisen und die Ortsgruppen unserer Landstände im kommenden Winter eifrig mit diesen Vorbereitungen zu den Gemeinderooten beschäftigen. In den Gemeinden fällt mehr als sonst ein einheitlich geöffneter Berufsstand in die Aufgabe und kann, wenn er gelöst wird, bei den Wahlen zu den Gemeinderooten große Erfolge erzielen. Früher brachte man den Gemeinderooten wenig Interesse entgegen, die letzten Jahre aber nach der Revolution mit der vielfach sozialdemokratischen Minorität in den Gemeinden haben alle Beteiligten deutlich erkennen lassen, daß auch den Wahlen zu den Gemeinderooten eine für die landwirtschaftlichen Berufsstände große Bedeutung zukommt.

Eine gründliche Vorbereitung dieser Wahlen muß schon die notwendige Antwort auf die Verschönerung und Verschönerung der Wahlen sein, damit die Zusammenfassung der Gemeinderooten wesentlich anders gestaltet wird, als bisher.

Die Aufgaben, die die Gemeinderooten haben, sind in den letzten Jahren immer größer, in das ganze Wirtschaftsleben einschneidend geworden.

Nicht nur auf dem Gebiete der Schule und in sozialer Hinsicht, sondern auch in Wirtschaft und Steuerfragen ist der Aufgabenkreis der Gemeinden stark ausgedehnt worden. Die neue Landgemeinderootenordnung weist den Gemeinden die Erziehung wirtschaftlicher Betriebe zu. Nach sozialdemokratischem Wunsch sollen die Gemeinden, da man die Sozialisierung im großen nicht erreicht kann, gewissermaßen die alte Sozialisierung durchführen und alle igeordneten geeignete Betriebe nicht verstaatlichen, sondern verstaatlichen. Man will den Mittelstand auf diese Weise möglichst erhalten und nur noch abhängige Gemeindebeamte und Angestellte schaffen.

Nach dem neuen Landessteuergesetz haben die Gemeinden die Möglichkeit, eine große Anzahl neuer Steuern einzuführen, die vor allem auch die Landwirtschaft betreffen würden. Soll doch nach dem neuen Landessteuergesetz den Gemeinden wieder die Möglichkeit gegeben werden, Schatzsteuer und Wegeuntergebühren einzuführen. Das dabei die landwirtschaftlichen Berufsstände ein gewichtiges Wort mitzubringen haben und ihre Interessen in entsprechender Weise vertreten müssen, ist ganz selbstverständlich.

In den Gemeinden wird auch im wesentlichen der Kampf um das Eigentum ausgefochten werden. Der berühmte Antrag Müller-Franke weist ja in dieser Hinsicht den Gemeinden verheißene Aufgaben zu. So soll zunächst der Gemeindegeld bei jedem Grundstücksverkauf das Veräußerer oder Ankäuferrecht zugehen. Es sollen ferner die Gemeindegeld-

Die Demokraten wollen vermitteln.

Die Fraktionsführer der Koalitionsparteien traten gestern abend zu einer Sitzung zusammen, um die durch die parlamentarische Krise herbeigeführte Lage eingehend zu erörtern. Von den Demokraten wurde eine Vermittlungsaktion eingeleitet, die das Abstimmungsergebnis am Sonntag sichern soll. Zu diesem Zweck sind die Demokraten an die sozialdemokratische Fraktion mit dem Ersuchen hergetreten, den Fraktionsvorsitz aufzugeben und ihren Mitgliedern die Abstimmung freizugeben. Auch von den anderen bürgerlichen Koalitionsparteien wurde an die Sozialdemokraten der gleiche Wunsch geäußert.

Wie der „Vorwärts“ meldet, sollte die sozialdemokratische Reichstagsfraktion nach mehrstündigen Beratungen fest, daß es bei dem bisherigen Fraktionsbruch bleibe, wonach es den Mitgliedern nicht gestattet ist, im Reichstag gegen einen Fraktionsbeschluß zu stimmen. Entfernung aus der Sitzung oder Nichtabgabe der Stimme sind zulässig, soweit sie nicht mit demokratischer Absicht verbunden sind, und gelten nicht. Den politischen Willen der Fraktion zu durchkreuzen. Wie die Fraktion weiterhin feststellte, geht ihr Wille dahin, daß das Ermächtigungsgesetz am Sonntag mit den verfassungsmäßigen Mehrheiten angenommen werde. Es besteht kein Zweifel, daß die Entscheidung des Reichstages auch in diesem Sinne erfolgen wird.

Das den Sozialdemokraten an der Abstimmung liegt

Wie der „Vorwärts“ zu dem gestrigen Abstimmungsausschuss, sollten 24 Sozialdemokraten, zum Teil unentschiedelt. Das Fraktionsmitglied hat Vorlage getroffen, daß die gehen nicht anwesenden Fraktionsmitglieder am Sonntag in Berlin wahlen.

Reichstagsauflösung?

Berlin, 12. Oktober. Den Wählern zufolge empfing der Reichstanzler eine Reihe von Briefen, denen zufolge er sich noch am Schluß der gestrigen Sitzung des Reichstages mit dem Reichspräsidenten über die Vorlage beraten hat. Auf seinen Vorstoß habe der Reichspräsident geantwortet, daß der Reichstag ohne weiteres aufgelöst werden solle, wenn er am Sonntag dem Ermächtigungsgesetz nicht zustimme. Gehe das Gesetz durch, so werde der Reichstag, wie der Kaiser erklärte, sofort als Arbeitsetzgesetz mit der richtigen Frage des Reichstages zum Zwecksetzung vorgelegt bekommen. Falls das Gesetz dagegen, so habe der Reichstanzler freie Bahn für alles weitere, was die Stunde fordert.

